

A N F R A G E von Dieter Kläy (FDP, Winterthur), Beat Badertscher (FDP, Zürich) und Thomas Vogel (FDP, Illnau-Effretikon)

betreffend Bekämpfung im Internet angekündigter Amokläufe

Die jüngsten Amokläufe von Schülern (Deutschland, Finnland, USA etc.) in Schulen sind gemäss übereinstimmenden Medienberichten jeweils im Internet angekündigt worden. In einzelnen Fällen (Deutschland, USA) gelang es den Behörden durch entsprechende Recherchen, die Vorhaben zu verhindern bzw. Massnahmen zu ergreifen. Sowohl beim Bundesamt für Polizei als auch beim Dienst für Analyse und Prävention (DAP) sollen nach amtlichen Aussagen in den Medien für die Durchkämmung des Internets nach angekündigten Gewalttaten keine Mittel vorhanden sein.

1. Trifft es auch für den Kanton Zürich zu, dass für die Durchforstung des Internets nach solchen angekündigten Amokläufen keine Ressourcen bereit stehen bzw. keine Ressourcen bereit gestellt werden können?
2. Internetrecherchen gehören zur täglichen Arbeit der Polizei. Vor Demonstrationen werden z.B. Webpages nach Aufrufen zur Gewaltanwendung untersucht. Ist es vorstellbar, mit bestehenden Mitteln in einem vernünftigen Rahmen Recherchearbeiten vorzunehmen, die angekündigte Amokläufe verhindern könnten?
3. Es gibt technische Möglichkeiten, das Internet automatisch nach angekündigten Amokläufen zu durchforsten und einschlägige Ankündigungen bzw. Aufforderungen zur Gewaltanwendung zu eruieren. Was würde dies punkto Ressourcen für den Kanton Zürich bedeuten?
4. Wie die Gesellschaft einem permanenten Wandel unterworfen ist, ändern sich auch Art und Weise der Verbrechen. Für die Bewältigung der neuen Fälle, die sich aus dem Gewaltschutz ergeben, werden Mittel bereit gestellt. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, für die Fahndung nach angekündigten Verbrechen im Internet entsprechende Mittel freizustellen?
5. Wenn ja, in welcher Art müsste eine solche Stelle personell und organisatorisch dotiert sein?

Dieter Kläy
Beat Badertscher
Thomas Vogel